2012/25 Inland

https://www.jungle.world/artikel/2012/25/das-bisschen-haushalt

Deutsche Familienunternehmen kritisieren den Rettungsschirm

Das bisschen Haushalt

Von **Holger Marcks**

Auch deutsche Familienunternehmer melden sich mit schlauen Ratschlägen für die Lösung der Euro-Krise zu Wort.

Keinen Cent »unserer Hilfe« sähen die Griechen, Portugiesen oder Iren. Stattdessen gingen »unsere Rettungsmilliarden« an die Banken, Versicherungen und Pensionsfonds, die auf diese Weise weiterhin Zinsen für »ihre eigentlich abzuwertenden Staatspapiere« einstrichen. Urheber dieser Feststellung, die dem vorherrschenden Bild von den Griechen widerspricht, die nur die Hand aufhalten, sind nicht etwa die Genossen von der Linkspartei. Sie stammt von Lutz Goebel, dem Vorsitzenden des Interessenverbands »Die Familienunternehmer«.
Goebel und seine Verbandsmitglieder sind wütend. Wie die europäischen Politiker in der Euro-Krise handeln, gefällt ihnen gar nicht. Diese seien »Getriebene«, deren politisches Handeln von Schlagworten wie »Systemrelevanz« und »Alternativlosigkeit« geleitet werde, heißt es in einem »Positionspapier«. Der Verband will damit selbstverständlich nicht auf eine sozialistische Alternative hinaus. Sein Ziel ist eine »freiheitliche und marktwirtschaftliche Gesellschaftsordnung«.

Und diese sehen die Familienunternehmer stark gefährdet. Seit Monaten schon kritisieren sie den europäischen »Rettungsschirm« vehement, zum Teil mit eindringlichen Appellen an die deutsche Politik. Zahlungsunfähigen Ländern Kredite zu geben, damit sie die eigenen Anleihen aufkaufen, führe dazu, »dass private Schulden durch öffentliche Schulden ausgetauscht werden«, argumentiert der Verband, der unter anderem dafür wirbt, die privaten Gläubiger an den Kosten der Rettungsaktionen zu beteiligen. Immerhin gingen die Gläubiger beim Kauf von Staatsanleihen Risiken ein, für die sie im Ernstfall zu haften hätten, etwa mit Abschreibungen oder einem Forderungsverzicht. Eine Sozialisierung dieser Risiken, so das Argument, widerspreche den Prinzipien der Marktwirtschaft.
Vor allem aber sehen die Familienunternehmer die Stabilität der Euro-Zone gefährdet, nicht nur durch den »Rettungsschirm«, sondern durch alles, was nach der berüchtigten »Transferunion« klingt. Auch die Debatte über Euro-Bonds hat den Verband nochmals

aufgeschreckt. Mit diesen würde die Eigenverantwortung nationaler Regierungen »endgültig verwischt«, die solide wirtschaftenden Euro-Länder würden in den »Schuldensog« hineingezogen.
Um das zu verhindern, hat der Verband zusammen mit seiner Tochterorganisation »Die jungen Unternehmer« eine Kampagne gestartet. »Rettet den Euro – aber richtig!« lautet der ein wenig holprige Slogan – als ob sich etwas auf die falsche Weise retten ließe. Und so wagen sich adrette Jungunternehmer derzeit schon einmal auf die Straße, um ihre Botschaft von der »Einheit von Risiko und Haftung« unter die Leute zu bringen – eine fast schon eherne Formel für die Familienunternehmer, die ihr Geschäftsmodell als Leitbild einer gerechten und nachhaltigen Wirtschaftsweise propagieren.
Gegenüber der Verherrlichung des Familienunternehmertums ist Skepsis nicht nur aufgrund der Zustände im bankrotten Familienbetrieb Schlecker angebracht. Generell sind die Verhältnisse in Familienunternehmen höchst unterschiedlich, zumal auch nicht ganz klar ist, was unter dem Begriff überhaupt zu verstehen ist. Die »Stiftung Familienunternehmen«, der etwa 350 Clans angehören, spricht beispielsweise davon, dass 95 Prozent der Betriebe in Deutschland, also fast drei Millionen, Familienunternehmen seien. Der Zahl liegt eine Definition zugrunde, die jedes Unternehmen einbezieht, das auf irgendeine Weise von Familienkreisen kontrolliert wird. Darunter fällt ebenso der Dönerimbiss einer türkischen Familie wie auch der Großkonzern BMW, bei dem die Familie Quandt maßgeblicher Anteilseigner ist.

Die »Familienunternehmer« wiederum sprechen von etwa 180 000 Familienunternehmen in Deutschland und legen das Kriterium der Einheit von Eigentum und Leitung zugrunde. Der 1949 als »Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer« gegründete Verband zählt 5 000 Mitglieder und gilt als Interessenvertretung kleiner und mittlerer Unternehmen. Auch um von diesem Image wegzukommen, entschied sich der Verband 2007 für eine Umbenennung, stehen bei kleinen und mittleren Unternehmen doch quantitative, bei Familienunternehmen jedoch strukturelle Charakteristika im Vordergrund. Auch bei den »Familienunternehmern« bestehen große Unterschiede, doch darf bei ihnen nur Mitglied werden, wer mindestens zehn Beschäftigte und einen Jahresumsatz von einer Million Euro vorweisen kann.
Ungeachtet dieser Heterogenität halten beide Clanorganisationen Familienunternehmen für das Geschäftsmodell der Marktwirtschaft schlechthin. Zuweilen muten ihre Stellungnahmen an, als wollten sie sich als Vertreter des »guten Kapitals« präsentieren. Immerhin sorgten sich Familienunternehmer darum, »das Unternehmen gesund an ihre Kinder weiterzugeben«, sagte etwa im vergangenen Jahr Patrick Adenauer, der Vorgänger Goebels, der Nürnberger Zeitung. Der Enkel des ersten Bundeskanzlers betonte dabei, dass die Familienunternehmer »im vollen persönlichen Risiko« stünden, »mit dem Unternehmen auch das gesamte Privatvermögen zu verlieren«, und versuchte so, die »Eigentümerunternehmer« von managergeführten Konzernen mit ihrem angeblich auf kurzfristigen Profit gerichteten Denken abzugrenzen.
In Wirklichkeit, so legen die »Familienunternehmer« nahe, seien sie der »Wachstumsmotor« – nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Hierzulande stelle man 60 Prozent der sozialversicherungspflichtigen Arbeits- und 80 Prozent der Ausbildungsplätze, führt der Verband an. Und dennoch seien Familienunternehmer die »Melkkühe der Nation« – auch wenn Politiker sie ständig als das »Rückgrat der Wirtschaft«

hofierten. Auch Udo J. Vetter, der Vizepräsident von »European Family Businesses«, einem europäischen Dachverband von Familienunternehmen, beklagt, dass die EU-Politik »noch viel zu sehr im Gegensatz zwischen großen Unternehmen gegenüber kleinen und mittleren« denke. »Entscheidend ist aber nicht die Größe, sondern die Eigentümerstruktur«, sagt Vetter, der ebenfalls die Einheit von »Risiko und Haftung« beschwört und als »Europas Erfolgsmodell« bezeichnet.
Doch den »Familienunternehmern« geht es nicht nur um eine größere Wertschätzung und Förderung. Gerade in der Euro-Krise möchten sie, dass ihre eigenen Prinzipien auch in der Politik Anwendung finden. »Wir Familienunternehmer bringen Expertise für solides Wirtschaften mit. Für uns Familienunternehmer wäre es schlichtweg undenkbar, den laufenden Geschäftsbetrieb über Pump zu finanzieren«, heißt es auf der Website des Verbands. Und weiter rät er: »Will ein Unternehmen gesunden, muss es von den Schulden herunter – wie der Staat auch.« In diesem Zusammenhang bemüht man dann wieder die Einheit von »Risiko und Haftung« als Bedingung von »Handeln und Verantwortung«. Transferzahlungen etwa untergrüben nun einmal die Haushaltsdisziplin der Euro-Staaten, ist man sich sicher.

»Jede Frau, die etwas von den Problemen der Haushaltsführung versteht, ist näher dran, auch die Probleme zu verstehen, die bei der Führung eines Landes zu berücksichtigen sind«, sagte Margaret Thatcher einst. Auch die Familienunternehmer sind offensichtlich der Ansicht, dass sich komplexe Volkswirtschaften wie ein vierköpfiger Familienhaushalt lenken lassen. Entsprechend einfältig ist ihre Deutung der Euro-Krise, die sie »im Kern auf unsolide Fiskal- und Wirtschaftspolitik« zurückführen. Aus dieser Perspektive erscheint ihnen etwa der französische Präsident François Hollande als jemand, der »nichts aus der Krise gelernt« habe. Das sagt Marie-Christine Ostermann von den »Jungen Unternehmern«. Für die Familienunternehmer ist die Krise keine des Kapitalismus, sondern lediglich eine Folge davon, dass die Prinzipien von Wettbewerb und Markt nicht konsequent genug angewendet wurden.

© Jungle World Verlags GmbH